

EUMPM Niger: Echte Partnerschaft auf Augenhöhe?

Nach zwei Militärputschen in Mali, der zunehmenden Orientierung der dortigen Junta auf Russland und dem völligen Abzug Frankreichs verschiebt sich der Schwerpunkt des europäischen und gerade auch des deutschen Engagements in der Sahelzone in das Nachbarland Niger. Ende 2022 mandatierte die EU ihre erste militärische Mission in dem Land. Dabei verspricht die *EU Military Partnership Mission Niger* (EUMPM) schon in ihrem Namen einen neuen Ansatz. Bisher trugen die militärischen Unterstützungseinsätze der EU stets den Namen EUTM (für *Training Mission*). Die Betonung der gleichberechtigten, ausdrücklich von lokalen Interessen geleiteten, Partnerschaft mit Niger weckt die Hoffnung, dass die EU Lehren aus vergangenen Einsätzen umsetzen wird.

| Hintergrund: Die Sicherheitslage im Sahel

Die Sicherheitslage im Sahel bleibt prekär. Seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes 2011 erschüttert eine Serie sich wechselseitig verschärfender Krisen die Region, deren Bewohner ohnedies unter Armut, Mangel an sozialen Dienstleistungen, ethnischen und Ressourcenkonflikten und den Folgen von Klimawandel und Bevölkerungswachstum leiden. Auch erhebliche bilaterale, regionale und internationale Unterstützungsmaßnahmen konnten diese Entwicklung nicht aufhalten, geschweige denn umkehren. Islamistische Terrorgruppen operieren in weiten Teilen von Mali, Burkina Faso und Niger und insbesondere in der Grenzregion der drei Staaten. Aber auch im Norden der Küstenstaaten am Golf von Guinea nimmt die Bedrohung zu. Auf die Sahelregion entfällt inzwischen fast die Hälfte aller Terror-Toten weltweit bei einem [Anstieg der Anschläge um 2.000 Prozent](#) in den letzten 15 Jahren.

Auch die politische Situation ist angespannt. Nach mehreren Putschen gelangten in Mali und Burkina Faso Militärregime an die Macht, sie unterliegen Sanktionen der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS und der Afrikanischen Union. Insbesondere die Junta in Mali betreibt eine populistisch anti-westliche Politik, verwies die französische Militärpräsenz des Landes und kooperiert mit der russischen Gruppe Wagner. Vor diesem Hintergrund ist die Zukunft der internationalen Einsätze im Land ungeklärt. Verschiedene Truppensteller – darunter Deutschland – haben ihren Rückzug aus der UN-Mission MINUSMA angekündigt oder bereits vollzogen. Die EU-Militärmission EUTM hat ihre Trainingsmaßnahmen weitgehend suspendiert.

In dieser Situation bietet sich ein Ausbau der Zusammenarbeit mit Niger durch die internationale Gemeinschaft und Deutschland an, da sich das Land in der jüngsten Vergangenheit als der regionale Stabilitätsanker erwiesen hat. Aus [Sicht der Bundesregierung](#) kommt „Aufgrund der zentralen Lage im Sahel und der – wenn auch fragilen – im regionalen Vergleich jedoch relativen politischen Stabilität [...] Niger im Bereich der Sicherheitskooperation eine zunehmend wichtigere Rolle zu“.

| Niger als regionaler Stabilitätsanker

Im April 2021 gelang mit der Wahl von Mohamed Bazoum zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein verfassungsmäßiger Wechsel des Staatsoberhauptes. Als einziges Land der Nachbarschaft verzeichnete Niger 2022 einen Rückgang terroristischer Aktivitäten – um 67 Prozent, auf den niedrigsten Stand seit 2019. Die bilateralen deutschen Unterstützungsmaßnahmen, wie die Ende 2022 abgeschlossenen Ausbildung von nigrischen Spezialkräften durch die Operation Gazelle und der Aufbau einer Unteroffizierschule, werden von beiden Seiten als Erfolge einer Partnerschaft „auf Augenhöhe“ angesehen.

Unter Führung von Präsident Bazoum hat Niger auch außenpolitisch ein sehr erfolgreiches halbes Jahr hinter sich. Auf einer Geber-Konferenz in Paris Anfang Dezember 2022 machten internationale und private Spender, darunter die UN, die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank, Zusagen in Höhe von 31,4 Milliarden Euro, doppelt so viel wie vor Beginn anvisiert. Bazoum wurde auch bei Treffen mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, dem Präsident des Europäischen Rats Charles Michel und US-Außenminister Antony Blinken als vorbildlicher Verteidiger von Demokratie, Frieden und Sicherheit im Sahel gelobt. Im Januar 2023 gelang nach einem mehrmonatigen, von nigrischen Regierungsvertretern vermittelten Verhandlungen ein Friedensabkommen zwischen Vertretern der ethnischen Gruppen der Fulani und Zarma (oder Djerma) in der konfliktbelasteten Region Tillabéri am Dreiländereck mit Mali und Burkina Faso. Ende März erreichte offenbar der persönliche Einsatz von Präsident Bazoum die Freilassung zweier seit zwei bzw. sechs Jahren von islamistischen Milizen gefangen gehaltener westlicher Geiseln.

Dies sind echte Erfolge, das Ergebnis einer mit Bedacht und Ausdauer verfolgten Politik, die sich bewusst von der der Nachbarstaaten abhebt. Anstatt wie die Juntas in Mali und Burkina Faso auf die Bewaffnung ethnischer „Selbstverteidigungsgruppen“ oder gar internationale Söldnertruppen zu setzen, führt die Regierung von Niger Verhandlungen mit gesprächsbereiten Terrorgruppen, bietet Optionen für zum Ausstieg bereite Kombattant:innen und unterstützt lokale Dialogprozesse.

Trotz dieser positiven Entwicklungen sollte man auch die Schattenseiten des neuen Vorzeigepartners klar benennen. Zwar in geringerem Maß als in anderen Ländern der Region gibt es auch in Niger Demokratiedefizite, Angriffe auf die Meinungsfreiheit, Korruption und Fälle von ungeahndeten Übergriffen durch die Sicherheitskräfte. Die fortgesetzte Militärpräsenz von Frankreich in Niger (auch nach dem offiziellen Ende der Operation Barkhane im November 2022) haben im Sommer und Herbst 2022 zu heftigen Straßenprotesten geführt, organisiert von dem aus rund 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen bestehenden Bündnis M62 (benannt nach dem Jahr der Unabhängigkeit von Frankreich, 1962). Der Koordinator der M62, Abdoulaye Seydou, wurde im Februar 2023 verhaftet, nachdem er den nigrischen Streitkräften schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen hatte.

| Das Mandat von EUMPM Niger

Auf Wunsch der nigrischen Regierung wird EUMPM zur Stärkung der Fähigkeiten der nigrischen Streitkräfte, gemäß den Beschlüssen des Rats der EU ([2022/2044/GASP](#), 12.12.2022 und [2023/389/GASP](#), 20.02.2023), insbesondere in drei Bereichen beitragen. Die Mission wird erstens ein Ausbildungszentrum für die Techniker der Streitkräfte (*École des Techniciens des Armées*) in der Nähe von Niamey aufbauen. Sie wird zweitens Spezialisten der nigrischen Armee durch *Mobile Assistance Partnership Teams* beraten und ausbilden. Und sie wird drittens zur Schaffung eines Führungsunterstützungsbattalions in Téra (*Battalion de Transmissions et d'Aide au Commandement*) beitragen. In einer ersten Phase (März bis Ende 2023) sollen konkrete Bedarfe ermittelt und Unterstützungsleistungen geplant werden. Ab Anfang 2024 ist die Implementierung der drei Kernprojekte vorgesehen.

| Das deutsche Engagement in Niger

Deutschland beteiligt sich bereits an der EU Capacity Building Mission Niger (EUCAP Sahel Niger). Diese zivile EU-Mission trägt mit rund 120 Mitarbeiter:innen unter deutscher Beteiligung (vier zivile Expert:innen und zwei Polizist:innen, darunter seit 2021 die Missionsleiterin) zum Kapazitätsaufbau der zivilen nigrischen Sicherheitskräfte (Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie) durch strategische Beratung, Ausbildung und Begleitung bei.

Inzwischen beteiligt sich die Bundeswehr auch mit drei Personen an dem zehnköpfigen Führungselement der EUMPM Niger, das seit Mitte März 2023 den Missionsaufbau vor Ort vorantreibt. Der [aktuelle Antrag](#) der Bundesregierung sieht eine Beteiligung an EUMPM mit bis zu 60 Soldat:innen der Bundeswehr von Ende April 2023 bis 31. Mai 2024 vor. Diese sollen sich an Führung und Planung von EUMPM beteiligen mit dem Ziel, die operativen Fähigkeiten der nigrischen Streitkräfte zu verbessern bzw. herzustellen. Eine Beteiligung an Kampfeinsätzen ist ausdrücklich nicht vorgesehen. Die durch dieses Engagement entstehenden Zusatzausgaben für diesen Mandatszeitraum belaufen sich auf 8,7 Millionen Euro.

| Ausblick

Die Stärkung der Zusammenarbeit mit Niger im Sicherheitsbereich durch eine längerfristige militärische Beteiligung Deutschlands an EUMPM ist sinnvoll, insbesondere, wenn sie – wie beim gemeinsamen Besuch von Verteidigungsminister Boris Pistorius und Entwicklungsministerin Svenja Schulze Mitte April 2023 angekündigt – mit weiteren humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen flankiert wird. Zusätzlich sollte aber die deutsche Regierung – wie auch andere wichtige Partner:innen – die innenpolitischen Entwicklungen in Niger kritisch verfolgen und die Beachtung demokratischer und menschenrechtlicher Standards einfordern. Schließlich sollten EU und Bundesregierung auch darauf achten, dass die EUMPM ihrem Namen tatsächlich Ehre macht und in echter Partnerschaft mit nigrischen Akteuren Streitkräfte aufbaut, die kompetent sind, sich demokratischer Kontrolle unterwerfen und die Sicherheit der nigrischen Bevölkerung an erste Stelle setzen.